

(Es gilt das gesprochene Wort – Sperrfrist: Redebeginn)

---

Rede von

**Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser**

Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB)

anlässlich der Ministerkonferenz zur Berufsbildung

**„Berufliche Bildung in Europa -  
Perspektiven für die junge Generation“**

10. Dezember 2012  
Berlin

Bundesinstitut für Berufsbildung  
Robert-Schuman-Platz 3  
53175 Bonn  
Fon: 0228 / 107 – 2831  
Fax: 0228 / 107 – 2982  
pr@bibb.de  
www.bibb.de

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Schütte,  
sehr geehrter Herr Prats Monné,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,  
sehr verehrte Expertinnen und Experten,

die heutige Ministerkonferenz zur Berufsbildung hier in Berlin ist ein klares Zeichen des Interesses, aber auch Ausdruck der Hoffnung, dass wirtschaftsnahe beziehungsweise betriebsintegrierte Ausbildungsinitiativen einen Beitrag zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses in Europa leisten können.

Wir haben gute Erfahrungen damit gemacht, wenn Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam dafür einstehen, jungen Menschen eine Ausbildungsperspektive zu geben. Von daher freue ich mich sehr, dass wir heute und morgen Gelegenheit haben, eine Berufsbildungsinitiative zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa vorzubereiten.

In unseren Vorgesprächen zu dieser Konferenz waren wir uns einig, dass unsere Initiative vor allem praxis- und damit betriebsnah sein muss. Praxis- beziehungsweise betriebsnahe Berufsbildung bringen zwei wichtige Effekte mit sich: zum einen findet Qualifizierung für die jungen Menschen im realen Leben statt. Das ist etwas anderes, als in der Schule zu sein und deshalb für junge Leute sehr motivierend. Zum anderen haben die Betriebe eine wunderbare Gelegenheit, sich potenzielle Fachkräfte direkt – sozusagen – vor Ort anzuschauen. Das erleichtert die Fachkräftesicherung ungemein und ist preiswerter, als fremde Fachkräfte vom Arbeitsmarkt zu akquirieren.

Die Praxisorientierung der Berufsausbildung ist deshalb auch das zentrale Thema unterschiedlicher Kooperationsinitiativen und Pilotprojekte in jüngster Zeit geworden, beispielsweise mit Spanien, Portugal, Griechenland und Italien. Ziel der engeren Zusammenarbeit ist es, die berufliche Handlungsfähigkeit zu stärken und die Übergänge junger Menschen in die Arbeitswelt zu verbessern.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung unterstützt als Kompetenzzentrum für die Berufsbildung in Deutschland im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) den Prozess des gemeinsamen Lernens über die Berufsbildung in Europa.

Das Interesse an betriebsnaher Ausbildung zeigt sich aber auch weltweit. Im Bundesinstitut für Berufsbildung nehmen die Anfragen aus der ganzen Welt nach Beratungsleistungen zur praxisorientierten Berufsausbildung stetig zu. Derzeit pflegt das BIBB rund 30 Kooperationsvereinbarungen mit Institutionen und Einrichtungen insbesondere aus Asien, Lateinamerika sowie aus Südafrika.

Auch in den USA besteht ein großes Interesse an dieser Ausrichtung der Berufsausbildung. So war ich im Mai dieses Jahres zu einem Expertengespräch in das renommierte „Aspen-Institute“ nach Washington eingeladen. Hintergrund war die Kritik der OECD an der mangelnden Qualität der beruflichen Ausbildung in den Vereinigten Staaten. Die OECD empfahl einen Blick auf duale Ausbildungssysteme, wie beispielsweise in Deutschland.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die wachsende Attraktivität der dualen Ausbildung für das Ausland soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch das deutsche Berufsbildungssystem in den vergangenen Jahren immer wieder vor großen Herausforderungen gestanden hat. Denn wirtschaftsnaher Ausbildungskonzepte, wie die duale Ausbildung, sind von der wirtschaftlichen Konjunktur abhängig. Das haben wir in Deutschland in den 90er-Jahren besonders deutlich gespürt - wir spüren es auch heute. Denn entscheidend für Quantität und natürlich auch für Qualität von wirtschaftsnaher Berufsausbildung ist eine angemessene Beteiligung der Betriebe an der Berufsausbildung.

Lassen Sie mich dazu einen Blick zurück werfen:

In den ersten Jahren nach der Jahrtausendwende erlebte Deutschland vor allem konjunkturbedingt eine starke Krise auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Es waren deshalb große gemeinsame Kraftanstrengungen von Politik, Wirtschaft und auch

Wissenschaft erforderlich, um die Ausbildungssituation gerade für die jungen Menschen, die die Schulen verließen, zu verbessern.

Eine wichtige Antwort auf diese Krise war der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft im Jahre 2004. Dieser Pakt wurde zunächst für drei Jahre geschlossen, um eine Trendwende auf dem Ausbildungsmarkt zu erreichen. Jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen sollte ein Ausbildungsangebot gemacht werden, um den Fachkräftenachwuchs zu sichern. Die letzte Verlängerung des Ausbildungspaktes wurde 2010 beschlossen mit einer Gültigkeit bis 2014. Ein gutes Beispiel für Public-Private-Partnership!

Im Rahmen des Ausbildungspaktes wurden dann auch Programme und Projekte, Instrumente und innovative Modelle angestoßen, entwickelt und implementiert, die auf eine Steigerung des betrieblichen Ausbildungsangebotes abzielen.

Ich möchte an dieser Stelle zwei Initiativen vorstellen, die als Maßnahmen in den Handlungsfeldern des Memorandums der Minister zur heutigen Konferenz aufgeführt sind. Es handelt sich um das externe Ausbildungsmanagement und die Verbundausbildung.

Mit beiden Initiativen waren wir in Zeiten sinkender Ausbildungsbeteiligung in Deutschland erfolgreich. Beispielsweise bei Betrieben mit ausländischen Inhabern, oder aber jungen Startup-Unternehmen beziehungsweise bei Betrieben, die über keine Erfahrungen mit der dualen Ausbildung verfügten. Das Bundesinstitut hat die Umsetzung beider Initiativen im Rahmen von Ausbildungsplatzprogrammen begleitet. Sie waren aber auch Gegenstand von Forschungsprojekten und Modellversuchen des BIBB.

Externes Ausbildungsmanagement unterstützt Betriebe, die Praktika oder Ausbildung anbieten wollen, in allen Fragen rund um Qualifizierung. Ziel ist, die Betriebe zu entlasten, ihre Ausbildungsbereitschaft zu erhöhen und so zu einer Erhöhung des Ausbildungsangebotes und der Ausbildungsqualität zu kommen. Das Angebot umfasst dabei unter anderem administrative Aufgaben, Hilfe bei der Auswahl geeigneter Bewerberinnen und Bewerber sowie Mediation beziehungsweise Moderation bei Kon-

flikten innerhalb des Betriebes oder zwischen beteiligten Lernorten. Neben den Betrieben können das Berufsschulen und Bildungszentren sein.

Verbundausbildungsinitiativen sind vor allem dann angesagt, wenn Betriebe aufgrund zunehmender Spezialisierung nicht alle für einen Ausbildungsberuf erforderlichen Ausbildungsinhalte vermitteln können, wohl aber wichtige Teilbereiche dieser Berufsausbildung. Um dieses Ausbildungspotenzial aktiv zu nutzen, können Ausbildungspartnerschaften gebildet werden, in denen mehrere Betriebe gemeinsam mit anderen das volle Spektrum der Ausbildungsinhalte abdecken können. Der große Vorteil ist hier, dass die Betriebe arbeitsteilig vorgehen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich habe mit meinen Ausführungen zur Einstimmung unserer Konferenz aufzeigen wollen, dass wir in Deutschland in Krisensituationen mit allen an Ausbildung beteiligten Partnern immer nach Wegen gesucht haben, ausreichend Betriebe für Praktika und Ausbildung gewinnen zu können. Dabei haben wir gerade auch die Betriebe im Auge, die ausbildungsunerfahren sind, um auch ihnen das Thema Berufsausbildung schmackhaft zu machen.

Gerne bringen wir heute und morgen diese Erfahrungen in unsere gemeinsame Konferenz mit ein.

Ich wünsche uns allen dazu spannende Diskussionen und vor allem viel Erfolg!